

## Öffentliche Sitzung

<b><u>Termin der Sitzung:</u></b>	29.11.2017
<b><u>Ort der Sitzung</u></b>	Schwanseestr. 17, Cafeteria
<b><u>Beginn der Sitzung:</u></b>	17.30 Uhr
<b><u>Ende der Sitzung:</u></b>	19.30 Uhr

Es sind 14 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

### 1. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Tagesordnung in der vorliegenden Form.		
<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	14	0	0

### 2. Bestätigung der Niederschrift vom 18.10.2017

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Niederschrift vom 18.10.2017.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<b><u>Beschluss:</u></b>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Niederschrift vom 18.10.2017.		
<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	13	1	0

### 3 Beratung und Beschlussfassung Kita-Investprogramme 2017 bis 2020 (Bund/Land)

Frau Harke führt aus, dass mit der Einladung auch eine Prioritätenliste versendet wurde (siehe Anhang).

Frau Bauer erläutert, dass aus dem Bundesinvestitionsprogramm und dem Landesinvestitionsprogramm insgesamt etwa 1,29 Mill. Euro vergeben werden konnten. Sie erläutert die vorliegende Liste und die Priorisierung. Sie geht insbesondere auf die Situation in der Kita Fröbel ein. In dieser Einrichtung fand am Vortag eine Begehung statt, bei der die Unfallkasse noch einmal ihren Standpunkt verdeutlichte.

Auf Nachfrage von Frau Unger antwortet Frau Bauer, dass in der Liste nicht die Gesamtkosten für die Maßnahme in der Kita Fröbel aufgeführt sind.

Frau Bauer macht auf die zweite Seite der Liste aufmerksam. Dort sind die Maßnahmen aufgeführt, die keine Priorisierung erhalten haben.

Frau Kießling fragt, ob das Verfahren verändert wurde. In der Vergangenheit wurden die Träger aufgefordert, ihre Anträge zu stellen, anschließend fand eine Diskussion im Unterausschuss statt, der eine Beschlussempfehlung für den Jugendhilfeausschuss folgte.

Frau Kriependorf antwortet, dass das Verfahren nicht verändert wurde, sie hat in der AG nach § 78 auf die Programme aufmerksam gemacht.

Frau Bauer ergänzt, dass die dazugehörige Richtlinie sehr kurzfristig eingegangen ist.

Herr Kind fragt, wer die Priorisierung vorgenommen hat und ob das für die Maßnahmen auf der zweiten Seite heißt, dass sie abgelehnt werden.

Frau Bauer antwortet, dass die Priorisierung von der Verwaltung auf der Grundlage vorliegender Gutachten und Stellungnahmen vorgenommen wurde. Für die beiden Einrichtungen „Betriebsnahe Kita“ und „Holzwürmchen“ gibt es bereits einen Bedarfsplanbeschluss.

Herr Faßnacht weist darauf hin, dass das Programm die Schaffung neuer Plätze in Kindertageseinrichtungen unterstützen soll. Er verweist auf die Bauwagen-Kita und die vergleichsweise geringen Kosten. Er fragt, ob die Möglichkeit der Finanzierung erwogen wurde.

Frau Bauer antwortet, dass die Maßnahme in der Kita Fröbel ausschlaggebend dafür war, dass keine anderen Projekte berücksichtigt werden konnten.

Frau Harke hätte sich gewünscht, dass mehr Mittel aus den Programmen an die Träger ausgereicht worden wären. Ihr ist die finanzielle Situation der Stadt bewusst, dennoch hat sie gehofft, dass die Stadt mehr Augenmaß an den Tag legt. Das wäre ein Zeichen an die Träger gewesen.

Frau Harke fragt Herrn Lepka, ob die vorgelegte Liste Bestandteil des Haushalts ist.

Herr Lepka bejaht die Frage.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<b>Beschluss:</b>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorliegende Prioritätenliste mit den Maßnahmen 1 bis 11.		
<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	7	7	0

#### **4 Zweite Lesung zum Jugendhilfehaushalt 2018 / Beratung und Beschlussfassung**

##### Verwaltungshaushalt

Frau Harke führt aus, dass der Haushalt 2018 am 13.12.2017 im Stadtrat beschlossen werden soll. Wenn es in der laufenden Jugendhilfeausschusssitzung nicht zu größeren Unstimmigkeiten kommt, ist eine Sondersitzung unnötig.

Frau Harke verweist auf den Einzelplan 4 und den Vorbericht. Beide Dokumente wurden per Mail verschickt.

Frau Harke fragt nach Veränderungen im Haushaltsplanentwurf gegenüber der letzten Sitzung.

Frau Kriependorf erläutert, dass es im Bereich des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) noch Änderungen geben wird. Hier ist sie noch mit dem Amt für Finanzen und Beteiligung in Abstimmung. Sie geht davon aus, dass diese Veränderungen erst mit der Änderungsdrucksache verschickt werden können.

Herr Lepka ergänzt, dass der Ansatz erhöht werden muss und verweist auf unbearbeitete Anträge. Das Amt 20.00 benötigt noch die Zeit bis Freitag (01.12.2017)

Frau Harke fragt, ob mit die benannte Erhöhung Auswirkungen auf andere Haushaltsstellen haben wird.

Herr Lepka verneint diese Frage.

Frau Harke möchte wissen, ob bezüglich des Haushalts Fragen im Amt 50.00 eingegangen sind.

Frau Kriependorf verneint die Frage.

Frau Kästner fragt nach der Haushaltsstelle 40700 52950. Sie möchte wissen, wozu die 19.000 Euro verwendet werden sollen.

Frau Kriependorf antwortet, dass es sich hier um eine Haushaltsstelle handelt, die von der IT bewirtschaftet wird.

Herr Lepka ergänzt, dass das Geld für Lizenzen verwendet werden soll. Derzeit ist man un-terlizensiert.

Frau Harke schlägt vor, den Haushaltsplan seitenweise durchzugehen.

Seite 1

Keine Wortbeiträge

Seite 2

Keine Wortbeiträge

Seite 3

Keine Wortbeiträge

Seite 4

Keine Wortbeiträge

Seite 5

Herr Stadelmann fragt nach der Haushaltstelle 46400 16200.

Frau Kriependorf antwortet, dass es sich hier um die Erstattungen für gemeindefremde Kinder in Weimarer Kindertageseinrichtungen geht.

Herr Stadelmann fragt nach der Haushaltstelle 46400 17103.

Frau Kriependorf sagt zu, die Berechnung nachzureichen.

Herr Lepka ergänzt und verweist darauf, dass diese Haushaltsstelle neutral ist.

Herr Stadelmann hat Zweifel an der Summe.

Frau Harke erklärt, dass das Land nach Stichtagsregelung finanziert und fragt nach dem Stichtag.

Frau Kriependorf antwortet, dass es der 01.03.2017 ist.

#### Vermögenshaushalt

Frau Harke fragt, ob es Veränderungen im Vermögenshaushalt gegeben hat.

Frau Kriependorf verneint die Frage.

Frau Harke verweist darauf, dass der Haushalt in der laufenden Sitzung beschlossen werden soll. Sie fragt, ob die Liste noch dem letzten Stand entspricht.

Herr Lepka antwortet, dass das Außengelände der Kita Fröbel noch dazugekommen ist (siehe Prioritätenliste im Anhang).

<b><u>Beschluss:</u></b>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt den Haushaltsplanentwurf 2018 mit den oben genannten Veränderungen.		
<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	11	3	0

## **5. Vorstellung Neubau Campus-Kindergarten**

Frau Harke begrüßt die Vertreter\*innen des Studierendenwerkes und Herrn Reich, den Architekten der geplanten Einrichtung.

Herr Dr. Schmidt Röh erläutert, dass es ein Investitionsprogramm zugunsten des studentischen Wohnens gibt. Davon sollen zwei Standorte in Weimar profitieren. Zum einen das Wohnheim in der Jakobstraße, zum anderen das Wohnheim in der Merketalstr. Der Standort in der Merketalstr. verfügt über zwei Häuser, Haus 1 ist bereits saniert, für Haus 2 laufen die Planungen, allerdings befindet sich in dem Gebäude eine Kita. Ursprünglich waren es 35 Kinder, die diese Einrichtung besuchten, inzwischen sind es 55 Kinder.

Herr Dr. Schmidt-Röh macht darauf aufmerksam, dass die Einrichtung nicht mehr den aktuellen Standards entspricht, deshalb hat man sich für einen Ersatzneubau entschieden. Durch die Bauhaus-Uni ist ein geeignetes Grundstück zur Verfügung gestellt worden. Allerdings ist der Standort und die damit verbundenen Maßgaben eine Herausforderung für den Architekten.

Herr Reich stellt die Planungen vor (siehe Anhang).

Frau Grosse-Röthig kritisiert, dass die Eltern nicht in die Planungen einbezogen wurden.

Auf Nachfrage antwortet Herr Dr. Schmidt-Röh, dass durch den Ersatzneubau 5 Plätze mehr entstehen sollen.

Herr Herrmann macht auf Beschwerden wegen Lärmbelästigung aufmerksam und fragt, wie damit verfahren wird.

Herr Dr. Schmidt-Röh antwortet, dass sich im Umfeld der Remise Gebäude der Universität befinden. Er hat diesbezüglich Kontakt mit dem Kanzler aufgenommen. Es konnte kein konkreter Bedarf benannt werden.

Frau Grosse-Röthig fragt, wie man mit dem ansteigenden Lärm nach der Fertigstellung umgehen möchte.

Herr Reich antwortet, dass die Freiflächen für die Kinder aus dem Neubau von den erwähnten Freifläche getrennt sind.

Frau Grosse-Röthig verweist auf die knappen Parkplätze und den ansteigenden Bedarf an Parkmöglichkeiten nach der Fertigstellung der Einrichtung.

Herr Schmidt-Röh antwortet, dass das Problem bereits erkannt wurde und man sich dazu bereits mit der Universität verständigt hat.

Herr Reich verdeutlicht noch einmal die Lage des Grundstücks.

Herr Schmidt-Röh erläutert, dass die Kindertageseinrichtung Bestandteil des Bedarfsplanes ist und hebt den Beitrag des Studierendenwerkes unter dem Blickwinkel der Familienfreundlichkeit hervor. Die Zahl der Kurzzeitparkplätze müsste erhöht werden.

Frau Grosse-Röthig fragt, ob die Öffnungszeiten nach der Fertigstellung verändert werden.

Herr Schmidt-Röh antwortet, dass es dazu keine Festlegungen gibt, er jedoch davon ausgeht, dass diese bedarfsgerecht sein werden.

Frau Kästner fragt, ob die Kapazität ausreichend ist.

Herr Schmidt-Röh erläutert, dass die Kapazität für den Hochschulbereich grundsätzlich ausreichend ist. Darüber hinaus treten Situationen auf, die nicht immer bedient werden können. Eltern die keine Studierenden mehr sind, haben ihre Kinder durch die Geschwisterregelungen teilweise noch nach dem Studium in der Einrichtung.

Herr Albrecht beglückwünscht Herrn Schmidt-Röh zur Auswahl des Architekten. Er findet das Projekt sehr spannend. Es stimmt ihn traurig, dass es Beschwerden wegen der Lautstärke spielender Kinder geben soll. Das erschreckt ihn fast. Er hofft dennoch auf ein gutes Miteinander. Er fragt, ob der Ersatzneubau 2019 eröffnet wird.

Herr Schmidt-Röh antwortet, dass das das Ziel ist.

Frau Grosse-Röthig bezieht sich auf die Aussagen von Herrn Reich und darauf, dass die Entwürfe einen hohen Abstimmungsbedarf hervorgerufen haben. Sie mahnt abermals die Beteiligung der Eltern an.

Herr Hottenrott mahnt nochmal eine Lösung für das Parkproblem an.

Frau Harke fragt nach den Baukosten.

Herr Schmidt-Röh antwortet, dass man gern eine Förderung über das Bundesprogramm erhalten hätte. Er erläutert, dass die Auftragslage in der Baubranche sehr gut ist und die Angebote entsprechend hoch sind. Die Baukosten beziffert er auf 2,1 Mill. Euro.

Herr Hermann fragt, ob es sein kann, dass die jetzige Einrichtung vor der Eröffnung der neuen Einrichtung geschlossen wird.

Herr Schmidt-Röh antwortet, dass die Einrichtung erst fertiggestellt wird, bevor die alte Einrichtung aufgegeben wird. Man hat das Jahr 2019 im Blick, er erläutert die Finanzierung. Herr Hermann fragt, ob das Wäldchen für die Kinder, die in der Remise betreut werden, geöffnet bleibt. Er verweist auf die Lärmproblematik.

An Frau Frank-Kokot gewandt fragt Herr Schmidt-Röh, ob das Außengelände oder Teile davon gesperrt sind.

Frau Frank-Kokot verneint die Frage.

Herr Schmidt-Röh verweist abermals darauf, dass er keine Kenntnis von Beschwerden über Lärmbelästigung hat. Er sagt zu, dass man sich im Gespräch mit der Uni befindet, die mehr Freifläche zur Verfügung stellen möchte. Das soll die Situation entkrampfen. Er unterstreicht die intensiven Abstimmungen, die es bezüglich des Projektes gibt.

Frau Harke mahnt an, dass das Studierendenwerk das Gespräch mit den Eltern suchen soll. Sie verweist auch darauf, dass die zusätzlichen Kapazitäten in der Bedarfsplanung berücksichtigt werden müssen.

<b>6</b>	<b>Beratung und Beschlussfassung zur DS 2017/246/V Betreibervertrag – betriebsnahe Kindertageseinrichtung „Kromsdorfer Straße“</b>
----------	--

Frau Bauer verweist auf die vorliegende Drucksache und führt aus, dass der Beschluss notwendig geworden ist, da der Standort verändert wurde. Sie hofft auf ein positives Votum.

Frau Harke betont, dass der Beschluss durch den Ortswechsel der künftigen Einrichtung notwendig ist. Sie skizziert die Gründe für den Ortswechsel und erklärt, dass der vorliegende Vertrag an den Vertrag der HTG für die Kita Holzwürmchen angelehnt ist.

Frau Kästner möchte die Stellungnahme des Rechtsamtes erläutert haben.

Frau Bauer erläutert, dass zur Sicherung der Gesamtfinanzierung eine Mindestlaufzeit von 40 Jahren notwendig ist. Grundsätzlich ist der Betreibervertrag jedoch unbefristet.

Herr Stadelmann kritisiert fehlende Mitspracherechte der Eltern.

Frau Harke antwortet, dass diese Rechte durch das Gesetz geregelt sind und deshalb im Vertrag nicht detailliert aufgeführt werden müssen.

Herr Albrecht verweist auf die §§ 3 und 4 des Vertrages und meldet Zweifel an der Finanzierung der Einrichtung an.

Herr Hottenrott vertritt die Meinung, dass die Stadt kein Recht hat, den Schließzeiten zu widersprechen, da es sich um privatrechtliche Verträge handelt.

Frau Grosse-Röthig vertritt die Auffassung, dass sich die Elternbeiträge nicht an der Gebührentabelle der Stadt Weimar orientieren müssen.

Frau Bauer widerspricht diesen Auffassungen.

Frau Grosse-Röthig und Herr Hottenrott bekräftigen ihre Auffassung.

Frau Harke fragt, ob es einen Antrag gibt.

<b><u>Beschluss:</u></b>	Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den Oberbürgermeister damit zu beauftragen, den Betreibervertrag zum Betrieb der Kindertageseinrichtung „Kromsdorfer Straße“ zwischen der Stadt Weimar und dem Trägerwerk Soziale Dienste e.V. abzuschließen.		
<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	12	2	0

## **7. Informationen und Beratung zur DS 2017/242/V integrierte Berichterstattung der Stadt Weimar**

Herr Kolling stellt die integrierte Berichterstattung der Stadt Weimar im Kontext der kommunalen Präventionskette vor (siehe Anhang).

Herr Stadelmann lobt das Dokument.

Frau Kästner schließt sich den Ausführungen von Herrn Stadelmann an. Mit Blick auf die vorgestellte Organisationsstruktur macht sie darauf aufmerksam, wie breit das Projekt angelegt ist.

Herr Kolling antwortet, dass es bereits eine große Anzahl von arbeitsfähigen Gruppen/Arbeitskreisen gibt. Es kommt jetzt darauf an, diese zusammenzuführen. Beispielfür er die Facharbeitsgruppe 1 (Frühe Hilfen) an.

Frau Görg lobt das Zahlenmaterial und fragt, welche Pilotprojekte geplant sind.

Herr Kolling antwortet, dass es einige Überlegungen gibt, doch diese müssten noch genauer spezifiziert werden.

Herr Kasper verweist darauf, dass eine Arbeitsgruppe bereits aktiv arbeitet, die anderen sind noch nicht zusammengekommen.

Herr Kolling bestätigt das. Er spricht sich dafür aus, den Beschluss abzuwarten und dann mit der Arbeit anzufangen.

Herr Kasper verweist darauf, dass es bereits angedachte Maßnahmen in diesen Feldern gibt, obwohl die Gruppen noch nicht arbeiten. Er sieht darin einen Widerspruch.

Herr Kolling antwortet, dass andere Ideen gern willkommen sind.

Herr Ludwig spricht sich dafür aus, dass auch Lehrer diesen Fachgruppen angehören.

Herr Kolling antwortet, dass in die Fachgruppen 2 und 3 auch Lehrer gehören. Ebenfalls soll das Schulamt in der Steuerungsgruppe vertreten sein.

## **8. Informationen der Verwaltung**

Frau Bauer erläutert die Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Sie geht davon aus, dass man im laufenden Jahr ca. 7,24 Mill. Euro benötigt. Das sind 147.000 Euro mehr als im Haushalt vorgesehen.

Frau Vogel erläutert den vorgesehenen Umzugsplan für die Kindertageseinrichtung Villa Lustig. Außerdem informiert sie über die anstehende Betriebserlaubnisbegehung am 08.12.2017.

Nach Informationen der Technischen Gebäudewirtschaft werden die Baumaßnahmen am 01.12.2017 abgeschlossen sein. Am 30.11.2017 kommt es zu einem Abstimmungstermin mit allen Beteiligten. Die Schlüsselübergabe soll am 14.12.2017 erfolgen, der Umzug am 21. und 22.12.2017 stattfinden. Mit der Eröffnung der Kita ist in der 2. Januarwoche zu rechnen.

## **9. Sonstiges**

Frau Solaß weist darauf hin, dass sie Flyer für einen Klimaschutzlauf ausgelegt hat.

Herr Albrecht fragt nach dem Stand der Verwendungsnachweisprüfung im Kita-Bereich.

Frau Kriependorf antwortet, dass vereinzelt noch Einrichtungen aus 2012 und 2013 geprüft werden müssten. Im Schnitt bewegt sich die Haushaltsabteilung in den Jahren 2014, 2015 und 2016.

Frau Grosse-Röthig appelliert an die Eltern, Daten zur Beitragsberechnung zur Verfügung zu stellen.

Ende der Sitzung: 19.25 Uhr

Protokoll: Ralf Ermisch